

Stopp der Förderung

Die Waldbesitzer in Rheinland-Pfalz sehen sich mit einem einzigartigen Vorgang konfrontiert. Ohne jede Vorwarnung und ohne jegliche Konsultation hat das zuständige Ressort gegen den Geist des Landesforstgesetzes die forstliche Förderung ab sofort gestoppt.

Staatssekretär Dr. Thomas Griese hat dem Waldbesitzerverband mit Schreiben vom 26. Juni nachrichtlich mitgeteilt, dass

1. für das Haushaltsjahr 2013 keine weiteren als die bisherigen Haushaltsmittel in Höhe von 3,1 Millionen Euro für die forstliche Förderung zur Verfügung stehen.

2. Ab sofort werden keine Förderanträge für 2013 und 2014 angenommen.

Davon ausgenommen sind:

- Anträge zur Förderung der forstlichen Zusammenschlüsse,
- Anträge zu Waldbesitzerschulen nur für das Förderjahr 2013 (Die Förderung der Waldbesitzerschule und der Motorsägenlehrgänge entfällt ab 2014),
- Anträge zu Wegebauprojekten in Folge des Orkans Xynthia,
- Anträge zur Forsteinrichtung von Betrieben über 50 Hektar reduzierter Holzbodenfläche (dies ist gesetzlich festgeschriebener Auftrag).

Begründung des Staatssekretärs: Der massive Einschnitt solle ab dem Doppelhaushalt 2014/2015 zur Rückführung der Verschuldung des Landes dienen.

Situation: Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind bei der Zentralstelle der Forstverwaltungen Förderanträge eingegangen, die die

Haushaltsplanentwurf 2014/2015					
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten					
Bewilligungen für Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe Kap. 14.23)					
Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015
883 35	521	Zuweisungen zur Förderung einer naturnahen Waldbewirtschaftung	2.235.000,00 €	0,00 €	0,00 €
883 59	521	Zuweisungen zur Förderung des forstwirtschaftlichen Wegebaus	1.270.000,00 €	0,00 €	0,00 €
Erläuterungen: Leertitel infolge Umschichtung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.					

zugewiesenen GAK-Kassenmittel in Höhe von 3,1 Millionen Euro übersteigen. Die erteilten Bewilligungen liegen allerdings unter den bisher zugewiesenen Haushaltsmitteln. Daher kann für vorliegende Anträge, für die bisher keine Vorabgenehmigung erteilt wurde, nur auf der Basis der Haushaltsmittelverfügbarkeit entschieden werden.

Im **Ergebnis** ist mit diesem sofortigen Stopp der Förderung der Forstwirtschaft auch das Ende der forstlichen Förderung in Rheinland-Pfalz eingeleitet. Das Ressort scheint nicht bereit zu sein, die 40% Landesmittel (neben den 60% Bundesmitteln) zur Verfügung zu stellen, um damit strukturverbessernde Maßnahmen in der Forstwirtschaft zu fördern. Außer der Förderung der Forstbetriebsgemeinschaften will das Ministerium die kommunale und private Forstwirtschaft nicht mehr unterstützen.

In einem zweiten Ergänzungsschreiben

vom 16. Juli 2013 hat Staatssekretär Dr. Thomas Griese dem Waldbesitzerverband nachrichtlich mitgeteilt, dass neben der Förderung der forstlichen Zusammenschlüsse:

- die 2. Rate bei Wieder- und Erstaufforstung und
- die Forsteinrichtung im Betrieb unter 50 ha 2014 gefördert werden sollen.

Auch soll der Wegebau bei Waldflurbereinigungsmaßnahmen und die Waldkalkung in die neuen Fördergrundsätze aufgenommen werden, eine Förderung erfolgt aber in Anhängigkeit der Haushaltslage. Ein Blick in den Entwurf des neuen Doppelhaushaltes 2014/2015 verrät, dass für diese Maßnahmen kein Geld zur Verfügung gestellt werden soll. So verfügt der Entwurf des neuen Doppelhaushaltes sowohl für die Zuweisung zur Förderung einer naturnahen Waldwirtschaft als auch für die Zuweisung zur Förderung des forstlichen Wegebaus über keine Mittel. Die Tabelle zeigt die Haushaltsansätze auf.

Konsequenzen: Der jetzt verfügte Kahlschlag bei der forstlichen Förderung in Rheinland-Pfalz wurde im Vorfeld nicht erörtert und den betroffenen Organisationen nicht einmal zur Kenntnis gebracht. Ein solches Vorgehen ist einzigartig, die Logik nicht nachvollziehbar. Die Bundesregierung stellt weiterhin 60% der Fördermittel der Forstwirtschaft zur Verfügung, die der Forstwirtschaft jetzt verloren gehen.

Ausblick: Der Waldbesitzerverband wird die Verlässlichkeit der Politik im walddreichsten Bundesland einfordern. Wir haben die Beratungen zum nächsten Landeshaushalt genutzt und Gespräche mit der SPD- und CDU-Fraktion geführt. Im Rahmen der Gespräche haben wir auf den nachhaltigen Schaden für den Wald hingewiesen und auf entsprechende Korrektur gedrängt.

Entwicklung der forstlichen Förderung im Körperschafts- und Privatwald der Jahre 1989 bis 2012 nach Geldgeber

